

3. JULI 1962

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/135

Bonn, den 3. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:Seite:Zeilen:

1 - 2	<u>Propagandaunternehmen "Ostseewoche"</u> SED-Anbiederungsversuche an die skandinavischen Länder	70
3 - 4	<u>Das allzu schrille "C"</u> CDU, Christentum und Sozialdemokratie Von Peter Nellen, MdB	93
4a	<u>Entscheidung am Mittwoch</u> Meyers und die Beamtenbesoldung Ein Vorschlag von Heinz Kühn	33
5 - 7	<u>Opium aus China</u> Der Schmuggel aus dem kommunistischen Reich der Mitte Von Erwin Erasmus Koch	130

* * *
* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Propagandaunternehmen "Ostseewoche"

B.Z. - Berlin

Wenn in der Zeit vom 7. bis 14. Juli die sowjetzonale Hafenstadt Rostock zum fünften Mal die Kulisse für Pankows sogenannte "Ostseewoche" abgeben muss, so soll es in diesem Jahr anscheinend nicht nur bei der schon zur kommunistischen Tradition gewordenen "Arbeiterkonferenz der Ostseeländer" und der "Internationalen Frauenkonferenz" bleiben. Die Propagandisten in Pankow unternehmen erstmals den Versuch, von einer breiteren Plattform aus neue Bevölkerungskreise in den westlichen Ostseeländern anzusprechen und für ihre politischen Zwecke einzuspannen.

Offenbar hat die SED in Ostberlin erkannt, dass der Propagandarummel mit den sogenannten "Arbeiter"- und "Frauen-Delegationen" aus Dänemark, Schweden und Norwegen, die in den letzten vier Jahren auf der Rostocker "Ostseewoche" zur Unterstützung der Pankower und Moskauer Politik aufmarschieren mussten, durchschaut ist. Es hat sich allgemein herumgesprochen, dass die skandinavischen Teilnehmer an den beiden Rostocker Konferenzen lediglich Abgesandte der KP sind, die nicht das geringste Recht haben, für die grosse Masse der Arbeiterschaft in Schweden, Norwegen und Dänemark zu sprechen. Auch in diesem Jahr versucht die SED-Propaganda von neuem dieses Täuschungsmanöver, indem man behauptet, die rund 460 erwarteten Konferenzteilnehmer seien von den Gewerkschaftsorganisationen der nordeuropäischen Länder als "Delegierte gewählt" worden.

Die Rolle der "Deutsch-Nordischen Gesellschaft"

Wenn man auch diesmal wieder in Rostock an diesem Propagandamärchen festhält, so sollen in diesem Jahr erstmalig auch Künstler und Wissenschaftler aus den skandinavischen Ländern auf der Rostocker "Ostseewoche" in Erscheinung treten. Offensichtlich hofft man in Ostberlin, dem Rostocker Unternehmen dadurch wenigstens den Anschein einer gewissen Seriosität geben zu können.

Es ist auch kein Zufall, dass die diesjährige "Ostseewoche" im Zeichen der Arbeit der im Sommer 1961 neugegründeten "Deutsch-Nordischen Gesellschaft" stehen soll, einer pseudowissenschaftlichen Organisation, die die Aufgabe hat, auch in intellektuellen Kreisen der nordeuropäischen Länder für die Pankower Politik zu werben. Diese "Deutsch-Nordische Gesellschaft" - eine Gesellschaft gleichen Namens mit ebenfalls totalitären Zielen existierte übrigens auch während der Nazi-Zeit - hat es sich zur Aufgabe

gesetzt, durch Korrespondenzen nach Dänemark, Norwegen und Schweden "Verständnis" für die Pankower Forderungen nach einem "Friedensvertrag" und der Umwandlung Westberlins in eine "entmilitarisierte, freie Stadt" zu gewinnen. Die Ostberliner Zeitungen geben sogar offen zu, diese "Gesellschaft", deren Vorsitzender der Greifswalder Universitätsprofessor Dr. Geerds ist, habe in Vorbereitung der diesjährigen "Ostseewoche" den "Friedensplan" der deutschen Kommunisten in Skandinavien "systematisch popularisiert".

Durchlöcherte Kulissen

Was man nun in diesen Julitagen an Meinungs-austauschen zwischen sowjetzonalen und skandinavischen "Vertretern von Wissenschaft und Kunst" planen mag, die diesjährige "Ostseewoche" Pankows steht unter einem für die Kommunisten besonders schlechten Stern. Da ist zunächst die Versorgungskrise, die wenige Tage vor Beginn dieses Propagandaunternehmens der Ostberliner Planungschef Leuschner selbst als "ernst" bezeichnen musste. Aber genau so wie im Vorjahre wird man den "Gästen" aus dem Norden in den Hotels und Restaurants von Rostock vollgedeckte Tische vorgaukeln. Seit einiger Zeit mussten die Gaststätten der Ostseestadt einen Wettbewerb um die beste Ausgestaltung der Gastronomiebetriebe für die Ostseewoche durchführen. Kulinarische Kulisse und Eingeständnis der Krise müssen den Rostocker Propagandabetrieb als Betrugsmanöver entlarven.

Die Kulissen der Rostocker "Ostseewoche" sind jedoch auch anderweitig durchlöchert. Während die Pankower Propagandisten angeblich "im Namen aller DDR-Bürger" für eine Freundschaftsbewegung zwischen der Zone und Skandinavien werben, wurde zur gleichen Zeit in Ostberlin der Beschluss gefasst, künftig keine Touristenschiffe des FDGB mehr dänische, schwedische und norwegische Häfen anlaufen zu lassen, weil nach dem 13. August 1961 immer mehr Zonenbewohner auf diesem Wege versuchten, aus Ulbrichts "Arbeiterstaat" zu flüchten.

Pankow hat nicht nur in Rostock, sondern auch an anderer Stelle keine Geldausgaben gescheut, um seine Anbiederungsversuche an die skandinavischen Länder zu untermauern. Die mit beträchtlichen Investmitteln neu ausgebaute "internationale Strasse", die bei Schlutup, nördlich von Lübeck, nur den Autofahrern aus den skandinavischen Ländern den Weg nach Mecklenburg ebnen soll, ist heute leer und verlassen. Auch das ist eine Antwort an die Adresse Pankows.

+ + +

Das allzu schrille "C"

Von Peter Wellen, MdB

Die deutsche Sozialdemokratie hat - wie bekannt - mit ihrem Godesberger Grundsatzprogramm ihr politisches Handeln zeitgemäß neu begründet und geistig vertieft. In erster Linie fragt sie damit nach ihrem eigenen Wesen und Selbstverständnis als politische Partei. Sie spricht ihr politisches Wollen artikuliert und deswegen verständlich aus, begründet ihr Vorstellungen und Pläne zur praktischen Lösung jener Aufgaben, die uns Gesellschaft und Staat in nationalem und weltweitem Ausmaß heute und für eine überschaubare Zukunft stellen. Dabei geht es letztlich um "Sicherheit und Glück" für den Menschen. Nur unter größten sittlichen und im weitesten Sinne politischen Anstrengungen können sie erreicht werden.

In der soeben erschienenen Schrift eines federgewandten Unionspolitikers werden wir wieder einmal gefragt: "Wie steht die SPD zum Herrschaftsanspruch Gottes?" Unter Bezug auf die Sozialenzyklika Johannes XXIII. wird hinzugefügt: "Diese Frage stellt das (katholische) kirchliche Lehramt an alle Parteien, also auch an die SPD." So lassen wir uns von der politischen Konkurrenz, mit deutlich politisch-propagandistischer Abzweckung nicht befragen! - Als die große Volkspartei der Grundordnung des Godesberger Programms scheuen wir nicht zurück vor einer klaren und deutlichen Antwort an den legitim Fragenden. Adolf Arndt hat sie auf dem Wiesbadener Kulturkongress längst gegeben. Unsere neue vom Parteivorstand herausgegebene stark beachtete Schrift: "Der Katholik und das Godesberger Programm, zur Situation nach Mater et Magistra", führt die wünschenswerte Diskussion weiter. Allzu bezeichnendes Meinsagen und billige Abwertung ohne genaue Argumentation, die sich mehr den Unionsparteien als der Wahrheit verpflichtet fühlen, verdienen in dieser Diskussion keine Beachtung.

Reklameverpackung für politische Bestrebungen

Der intellektuell Redliche und der überzeugt Gläubige werden uns umso besser verstehen. Wir antworten und verantworten aus Ehrfurcht und aus echter Achtungstoleranz vor den letzten religiös - weltanschaulichen Überzeugungen und Wertvorstellungen unserer Mitmenschen und Mitbürger in einer nun einmal weltanschaulich mehrheitlichen - pluralistischen - Gesellschaft mit einem "Verzicht", der keineswegs "Preisgabe" bedeutet. Name und Herrschaftsanspruch Gottes können nicht direkt ins Programm geschrieben werden. Sie sollten dazu der immer wieder akuten Gefahr entzückt werden, als besonders anziehende Reklameverpackung für politische Bestrebungen mißbraucht zu werden. Steht deswegen "Gottes Thron leer?" Bleibt deswegen "eine weiße Stelle", gefährlich Unbestimmtheit letzte Halt- und Richtungslosigkeit? Noch schärfer gefragt: bedeutet das etwa eine durch taktische Anpassung getarnte Verachtung oder sogar ignorante und beleidigende Geringschätzung von Glauben, Religion und Kirche? Keineswegs!

Als Partei können wir nicht klüger und kühner sein als die Väter unseres Grundgesetzes in ihrem Bekenntnis zu den Grundwerten unserer gesellschaftlichen und politischen Ordnung, im Katalog unserer Grundrechte. Verschiedentlich hat man das einen veralteten, kraftlosen Humanismus genannt, ein ungenügendes zu nichts verpflichtendes Surrogat aus der abgestorbenen Ideologie der Aufklärung und des weltanschaulichen Liberalismus; keine Weltanschauung zu haben, sei die verächtlichste und manchmal intoleranteste aller Weltanschauungen. Hier müssen wir um etwas mehr kritische Behutsamkeit bitten.

Um die Würde des Menschen

Ohne jede Einführung und ohne Begründung aus einem religiösen oder philosophisch-weltanschaulichen Bekenntnis - in unserer Gesellschaft und in unserem Staat immer in der Mehrzahl zu sehen - wird "die Würde des Menschen", aller Menschen und Mitbürger, an die Spitze unserer Verfassungsordnung gestellt. Sie zu achten und zu schützen, ist Aufgabe und Sinn aller staatlichen Gewalt. Darin können und müssen wir uns über die verschiedenen möglichen Begründungen hinweg einig sein. Dieses Bekenntnis ist das notwendige und unerlässliche, aber auch einzig mögliche "Minimum an Gemeinsamkeit für die staatliche Ordnung". Kommt der Christ dabei zu kurz? Gibt er Unaufgebbares preis? Der Propagandist der Union und ihres politischen "C" sollte sich an das harte Wort der Schrift erinnern, daß derjenige den unsichtbaren Gott ehrt und anerkennt, der seinen sichtbaren, in Not und Gefahren erlebbaren Mitmenschen achtet, für dessen Einzelwohl und für das mitmenschliche Gemeinwohl arbeitet, d.h., Politik betreibt.

Erfahrungen aus der Weimarer Zeit

Man sollte nicht mit intellektuellen und bedauerlicherweise auch weltanschaulichen Verkürzungen und Finten über die Erfahrungen der Weimarer Nationalversammlung hinwegspielen. Auch dort wurde gestritten über den Herrschaftsanspruch Gottes, als es um den Satz ging: "Alle Gewalt geht von Volke aus." Der damals führende Theologe Mausbach erklärte als Mitglied der Nationalversammlung, eine Begründung der Macht und überhaupt der Politik aus einem - wie wir heute sagen würden - vorletzten Wert, aber einer sehr konkreten geschichtlichen Wirklichkeit, nämlich Volk und demokratischer Gesellschaft, leugne keineswegs einen letzten Wert und eine im Glauben ergriffene göttliche Wirklichkeit. Sie tangieren nicht den Glauben des Christen, noch weniger die in diesem Glauben ergriffene und bekannte letztwertige Realität Gottes. Den ausdrücklich christlich-konfessionell gebundenen Politikern der damaligen Zentrumspartei "genügte" das. - Gewisse daran gemessene in der Argumentation nebelhaft unbestimmte, in der Tendenz umso deutlichere Propagandisten der Unionspartei gebärden sich demgegenüber als wahre Maximalisten. Warum wohl? Der Gebrauch der Religion, speziell des Christentums, als Ideologie und ihre Abwertung zum Mittel für politische Zwecke - einschließlich ihres höchst bedeutsamen Propaganda-Effekts - liegt offenkundig nicht nur nahe; er ist seit Jahren trauriges Ereignis.

Fragwürdige Natur des "C"

Der nicht zu leugnende Abbau des weltanschaulichen Marxismus im Godesberger Programm und die vollendete, unverkürzte geistige Freiheit und Offenheit der Sozialdemokratie für letzte religiös-weltanschauliche Werte kann nicht wegdiskutiert werden. Die ebenso freie Möglichkeit des entschiedenen vollpersönlichen Engagements eines jeden einzelnen deutschen Sozialdemokraten für solche Werte steht außer Frage. Auf diesem Hintergrund wird allerdings die fragwürdige Natur des "C" im Namen und in der Praxis der konkurrierenden politischen Partei besonders deutlich. Ihr gefährlichstes Dilemma wird sichtbar, ein Dilemma, das leider die gesamte deutsche Innenpolitik und die notwendigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden unsere Demokratie tragenden konkurrierenden großen Parteien vergiften.

+ + + (Entnommen der letzten Ausgabe des "Vorwärts")

Entscheidung am Mittwoch

sp - Die Auseinandersetzung um die Erhöhung der Beamtgehälter hat durch Bemerkungen des noch amtierenden Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Dr. Franz Meyers, eine groteske Note erhalten. Sie sind diktiert von der Angst vor dem Wahlausgang am 8. Juli. Nichts hindert Meyers daran, schon heute das zu tun, was er für morgen verspricht. Dazu sagte Heinz Kühn, der Spitzenkandidat der SPD in Nordrhein-Westfalen, am Montagabend in Versammlungen seiner Partei:

"Der derzeitige Ministerpräsident Meyers hat in unverbindlichen Briefen an einen rheinischen Postsekretär und einen westfälischen Landtagsabgeordneten zum Ausdruck gebracht, 'dass die Beamtenbesoldung zu erhöhen ist' und dass als Termin der 1. Juli 1962 'in Frage' komme. Der gesetzgebende Akt soll jedoch erst nach den Parlamentsferien, das heißt von dem neuen Landtag, vollzogen werden". Heinz Kühn fuhr fort: "Wenn sich Herr Dr. Franz Meyers nicht dem Vorwurf aussetzen will, dass dieses unverbindliche Versprechen ein Bestandteil seiner sehr zahlreich über das Land in den letzten Tagen ausgestreuten Wahlversprechungen ist, dann muss er jetzt sofort handeln. Dann muss er die über die Gehaltspolitik der CDU verbitterte Beamtenschaft durch eine praktische Maßnahme von der Aufrichtigkeit seiner Ansichten überzeugen!"

Kühn entwickelte dann seinen Plan: "Die von Dr. Meyers als Auffassung der Landesregierung bezeichnete Meinung kann bereits am kommenden Mittwoch, dem 4. Juli, bei der letzten Landtagssitzung vor den Wahlen von der absoluten Mehrheit der CDU und selbstverständlich mit Zustimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion verwirklicht werden". Kühn schlägt eine Überbrückungslösung in Höhe eines halben Monatsgehaltes an alle Beamten des Landes vor. Die Überbrückungszahlung könnte dann bei der späteren Erhöhung verrechnet werden.

"Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen solchen Vorschlag für das ganze Bundesgebiet eingebracht", erinnerte Kühn. "Leider ist jedoch dieser Vorschlag von der CDU nicht einmal für die Tagesordnung des Bundestages zugelassen worden. Jetzt muss die CDU in NRW am kommenden Mittwoch im Landtag Farbe bekennen! Die SPD ist zu den entscheidenden drei Lesungen im Parlament bereit".

Opium aus China

Von Erwin Erasmus Koch

Tausende Pfund Opium - eine Schätzung vermutet 20 000 Pfund (pounds) jährlich - gewonnen aus dem milchig-weißen, getrockneten Saft der halbreifen Samenkapsel des Schlafmohns, werden seit zwölf Jahren über Hong Kong, Macao und Burma, von Osten nach Westen, in mehr und mehr steigenden Mengen geschmuggelt. Da im kommunistischen Reich der Mitte kein Sperling vom Dache fallen darf, es sei denn, die Partei des "Dschusi", des "Vorsitzenden" Mao Tse-tung, erlaubt es, strömt auch dieser "Export" des Rauschgiftes nicht ohne ihre Einwilligung und Billigung über die kahlgeschlagenen Berge Kuantungs und durch die Wildnis Yünans nach Cochinchina. Unser Korrespondent Erwin Erasmus Koch ist von einer Reise zurückgekehrt, die ihn in Teile Rotchinas und die Staaten Südostasiens führte. Der nachfolgende Bericht, aus dem unmittelbaren Erleben geschrieben, macht die Gefahr deutlich, die sich aus dem Schmuggel der Droge ergibt.

Die Taifun-See, das Südkina-Meer, kräuselten türkisgrüne Wellen. In der sanften Brise machten die Dschunken der Fischer mit geblähten gelben, roten und schwarzen Segeln gute Fahrt. Ich stand an Deck eines weissen Schiffes der Hong Kong - Macao - Linie und sah, wie eine "junk" nach der anderen, jede am Mast die rote Flagge mit fünf goldenen Sternen, zurückblieb. Ich hörte Frauen und Kinder rufen: "Ni hau!", "Guten Tag"; ich sah sie winken und aus dem Halbdunkel ihrer gewölbten, von Reisström-matten überdeckten Kanisterhütten die Altäre zu Ehren des Lord Buddha matt leuchten, wenn einzelne Sonnenstrahlen darüber hinhuschten.

Gefechtsbereite siebente USA-Flotte

Hong Kongs Wolkenkratzer und dahinter die gelbbraunen Bergketten versanken im Glanz des subtropischen Märztages 1962. Der weite "Duftende Sund", die Bucht, spiegelte den pastellfarbenen Zauber dieser Küste. Die pittoresken, segelnden Dschunken liessen die keineswegs friedvolle Gegenwart fast vergessen, so lange jedenfalls, bis ein Geschwader der siebenten Amerikanischen Flotte am Horizont auftauchte, und dann sah ich im Näherfahren jeden Kreuzer des Verbandes gefechtsbereit, bespickt mit Kanonen. Die "Hügel der Neun Drachen" trennten gleich einem gewaltigen Pestungswall das kommunistische Reich der Mitte von Kowloon, der Halbin-sel und Metropole der britischen Kronkolonie. Am Bug des Macao-Dampfers schaukelte ein holzgeschnitzter, bunt bemalter Heiliger des Buddhahimmels über sich das wehende Emblem Rotchinas. In diesen Wochen verbarg die Tai-fun-See ihre Schrecken, die Zeiten der furchtbaren Wirbelstürme lagen noch fern. Hunderte Eilande hoben sich aus dem "Duftenden Sund" und der offenen See, stumpfe Kegel, gelblichbraune Klippen, zerklüftete, kahle Hügel. Ob dieses Gewirr von Inseln überhaupt einen Namen trug, wusste ich nicht. Ein Portugiese neben mir wies auf einen etwas grösseren Felsen dicht vor der Küste des Festlandes. "Das ist Stonecutter Island", sagte er, "es ist unbewohnt wie Hing Kong ohne Trinkwasser" und fügte nach kurzem Schweigen hinzu: "Dann und wann legen dort Opiumschmuggler an, ihre Dschunken voll Kisten mit der Droge".

Ich wusste, dass es in Kuantung und auf Hainan Kommunen gibt, die den Anbau des Schlafmohns betrieben, Tschandu-Superkollektivs. Kuantung ist die südlichste der 21 Provinzen Rotchinas, Hainan nach Taiwan (Formosa) die grösste Insel der Südchina-See und im kommunistischen Besitz, Tschandu der chinesische Name für Opium.

Gekavertes Opiumboot

Ein Schnellboot schoss an unserem Schiff vorbei, auf eine Dschunke zu. Sie machte schnelle Fahrt, die Segel prall, es zeigte sich, dass sie motorisiert war, die Schiffsschraube quirlte. Aber auch die heulenden Pferdestärken bewahrten sie nicht vor dem Wachtboot. Wir starrten gebannt auf das Rennen der ungleichen Gegner. Der Portugiese fasste meinen Arm, "Opiumschmuggler!" Über die See hallten Kommandos aus einem Megaphon. Die Dschunke gab auf. Entertaken griffen nach ihr, und chinesische Polizisten im Khaki britischer Uniformen sprangen an Bord dieser "junk" mit dem roten Segel.

Ein barfüssiger, zerlumpter gelbhäutiger Fischer trat gesenkten Hauptes vor sie, ihm folgte händeringend eine weinende junge Frau. Hinter ihnen krabbelte, halbwegs in der Kanisterhütte, eine Schar Kinder. Das Verhör war kurz, und ihm folgte das Öffnen einer beseite stehenden Kiste. Ich sah noch, wie die Polizisten einige davon auf ihr Schnellboot schafften und zwei Mann erst dem Schmuggler, dann der Frau Handschellen anlegten. "Kein schlechter Fang", sagte der Portugiese, "Opium, viel leicht für zehntausend, vielleicht für zwanzigtausend Dollar. Bound for Macau!" (Die Chinesen nennen Macao "Macau").

Der Gouverneur macht beide Augen zu

Ribeiro, der Portugiese, nickte. "Weiss der Teufel, warum die roten Grenzgänger ihre Konterbande erst nach Hong Kong schleppten. Von den Bergen führen genug Pfade nach Macao und an die Küste rings um die "Sieben wohlriechenden Hügel". Und dann verschwindet das Tschandu in der Gasse der Sing-Song-Girls." Der Portugiese lachte hämisch. "Sie ist ein Weltunschlagplatz für die Droge geworden, mit der Mao Tse-tung den Westen verseuchen möchte."

"Und Ihr Gouverneur! Was tut er dagegen?", fragte ich. "Immerhin ist doch Macao eine ... nun, wie Sie es nennen, eine Provinz Portugals!"

"Der Gouverneur macht beide Augen zu", antwortete Ribeiro. Er bemerkte, dass ich etwas spöttisch lächelte. "Was wollen Sie," fuhr er fort. "Wir wollen nicht, dass es uns mit Macao ähnlich ergeht wie mit Goa. Ein Bataillon der roten Volksbefreiungsarmee würde genügen, um uns hier den Garaus zu machen! Die Chinesen dulden uns, und wir dulden, was sie für wünschenswert halten!"

Vier Stunden später lief unser weisses Schiff, wohlbehütet durch seinen Schutzheiligen der Buddha-Kirche, über den die Rotchina-Flagge wehte, in den Hafen der "Sieben wohlriechenden Hügel" ein, die Macao umkränzen.

Ribeiro streckte seine Rechte aus. "Sehen Sie! Fahne an Fahne mit den fünf Goldenen Sternen! Fast jedes Bankhaus, fast jedes Comptoire, fast jedes grosse Hotel hat das Emblem Rotchinas auf dem Dach. Die Kommunisten aus dem Reich der Mitte haben sich längst in Macao eingenistet. Macao ist für sie eine Devisenquelle, wie auch Hong Kong. Nur darum dulden sie uns und die britische Niederlassung. Nur darum dulden sie die Sing-Song-Girls neben der "Strasse der Glückseligkeit". Gerade sie und natürlich die Gasse der Sing-Mädchen bringen den Mandarinen des "Dschusi" Mao Tse-tung, des "Vorsitzenden" der Partei der Güterverteilung, Jahr für Jahr einige runde Millionen US-Dollar ein, aus dem Glücksspiel und dem Opium."

Pekings "Devisenpolitik"

Das Schiff legte im Binnenhafen an. Was sich weiter in Macao zu trug, soweit es meine Opium-Recherchen betraf, ist bald erzählt. Der Offizier der Passkontrolle war ein schwarz-roter Zwitter. Ich bezeichne ihn so, weil er zwar im Solde Portugals stand, jedoch im Gehabe sich nicht sonderlich von den Grenzposten unterschied, die ich vor Chum Shun, hinter den New Territories Hong Kongs am Tor zum roten Reich der Mitte, kennengelernt hatte. Er war auf irgendeine Weise von meiner Ankunft bereits unterrichtet worden, wies mir ein Hotel zum Wohnen an und einen Kuli zu, den jungen Chung Shen, der meine Wege überwachte, im Übrigen aber kein überzeugter Anhänger des Dschusi zu sein schien.

Chung Shen führte mich während der folgenden Tage und mancher Nachtstunden durch die Spielhöhlen und Häuser der Freude der Strasse der Glückseligkeit. Er führte mich ebenso im Gewirr der Häuser der China-Town durch die Gasse der Sing Song Girls. Im Fazit bleibt dabei die Feststellung, dass die Besitzer der Etablissements zu den Auslandschinesen zählten, und wie Chung Shen mir zuflüsterte, den grössten Teil ihrer Gewinne auf ihre Konten bei der rotchinesischen "Volksbank" überwiesen. Sie verbanden die Glücksspiele mit dem Rauschgifthandel und dem Vermieten der Sing-Mädchen auf Zeit.

Welche Mengen Opium jährlich über die Grenze gelangten oder in abgelegenen Buchten gelandet würden, fragte ich meinen Kuli-Beschatter. Chung Shen zuckte die Schultern. "Viel, sehr viel", antwortete er, "Tausende Pfund!" Eine im ganzen durchaus unbefriedigende Antwort, aber ich hatte auch in Hong Kong bei der Drug Supervisory Body (Aufsichtsamt zur Überwachung des Verbrauchs von Drogen) nichts Genaues erfahren können. Rotchina war, da es von den Vereinten Nationen ausgeschlossen blieb, nicht Mitglied der Rauschgiftkommission der UN. Es betrieb daher seine eigene "Opiumpolitik", den von seiner Seite legalisierten, devisenbringenden Schmuggel.